

Wiesbaden, den 21. Februar 2002

„Nicht mit uns!“

Bundesausländerbeirat lehnt ein Zuwanderungsgesetz zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ab

„Ein Zuwanderungsgesetz auf Biegen und Brechen, das letztendlich nur die Bedürfnisse der Wirtschaft befriedigt, brauchen wir nicht,“ so reagierte heute Memet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates auf die Versuche der Bundesregierung, den Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode durchzusetzen.

Zu offensichtlich sei der Versuch, damit lediglich den ökonomischen Interessen der deutschen Wirtschaft dienen zu wollen. Nach den Anwerbeverträgen der 50er und 60er Jahre, nach zahlenreichen Ausnahmeregelungen zur Anwerbestopverordnung würden nun zum dritten Mal in der deutschen Geschichte Menschen durch staatliches Handeln zu Arbeitsmaschinen reduziert.

Kilic: „Mal wieder wünscht sich die Wirtschaft fertige neue Maschinen und die Politik soll sie beschaffen. Koste es, was es wolle! Hauptsache, es kostet der Wirtschaft nichts. Das Bundesministerium für Arbeit soll mit einer Ermächtigung ausgestattet werden, so dass dieses durch Rechtsverordnung definieren kann, wer „Hochqualifizierter“ ist. Letzte Diskussionen zeigen, wohin die Reise geht: Notfalls werden halt auch ausländische Krankenschwestern als „höchstqualifizierte“ Altenpflegerinnen missbraucht“.

Und wenn die Menschen nicht mehr gebraucht würden, so Kilic, dann halte der Entwurf genügend Regelungen vor, um sie wieder los zu werden. So werde beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Gesetz schon von Beginn an mit der „Förderung der freiwilligen Rückkehr“ beauftragt.

Integration oder gar Verbesserungen des gesellschaftlichen Klimas seien unter diesen Bedingungen wohl kaum noch möglich.

Geschäftsstelle:

c/o AGAH

Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

tel.: 0611/ 98 99 5-0

fax: 0611/ 98 99 5-18